

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/225

Bonn, den 27. November 1983

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Strassennotstand

90

Von Dr. Paul Bleiss, MdB

Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Bundestages

3 Wer "normaler Heimatvertriebener" ist, bestimme ich ... 48

Herr Schirmer und das Visum für Reisen in die CSSR

4 Niedersachsen verbessert kommunale Struktur 42

Kleine Landgemeinden werden zusammengelegt

Von Erich Paykowski

5 - 6 Das Ringen um Venezuela 91

Wieder eine Entscheidungsschlacht an der Südflanke der USA

Von Max Diamant

Chefredakteur Günter Markscheffel

Strassennotstand

Von Dr. Paul Bleiss, MdB

Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Bundestages

Der Strassenbau ist unser dringlichstes Verkehrsproblem. Kein wirtschaftspolitisches Thema bewegt die gesamte Öffentlichkeit seit Jahr und Tag so andauernd und nachhaltig, wie der Zustand unserer Strassen.

Das ist kein Wunder. Verkehrsteilnehmer sind wir alle. Mehr als die Hälfte aller Bundesbürger muß sich täglich mit den Verkehrsstauungen abfinden. Sie bringen Zeitverlust, Ärger und Unfallgefahr. Tausende von Kraftfahrern empören sich täglich, wenn sie in langer Kette langsam an den Baustellen vorbeifilieren; ihre Termindispositionen hängen von der Zahl, Länge und Zähflüssigkeit der Autoschlangen ab.

So war es gestern und heute. Morgen wird es schlimmer sein, denn täglich werden mindestens 2 000 neue Personenkraftwagen in der Bundesrepublik zum Verkehr zugelassen.

Der Trend in der Automobilindustrie ist erfreulich positiv. Nach vorsichtiger Marktanalyse wird sich die Zahl der Personenkraftwagen von zur Zeit 7 Millionen

und * bis 1965 auf mindestens 9 Millionen Pkw
* bis '90 auf mindestens 12 Millionen Pkw
erhöhen.

Mehr Strassenstauungen - mehr Unfälle zu erwarten

Bei den schweren Fahrzeugen - Lastkraftwagen und Omnibusse - ist der Aufwärtstrend weniger rasant. Trotzdem werden die Zuwachsraten erheblich sein, denn die Bundesregierung beabsichtigt,

die Kontingente im Güterfernverkehr
auf acht Prozent zu erhöhen.

In Kürze wird die Beförderungssteuer im Werkfernverkehr von
5 Pfennigen auf 3 Pfennige je T/km
gesenkt werden.

Allein in der Auswirkung dieser Maßnahmen werden bereits im Jahre 1964 zusätzlich etwa 4 000 Lastzüge auf unseren Strassen fahren. Hinzu kommt, daß im Zuge der Integration des Gemeinsamen Marktes der grenzüberschreitende Güterkraftverkehr sich schnell ausdehnen wird.

Diese Fakten sind seit längerer Zeit bekannt. Niemand wird bestreiten können, daß sich hieraus vermehrte Stauungen, mehr Ärger, größere Zeitverluste, zusätzliche Unfallgefahren ergeben müssen.

Begriffstutzige Bundesregierung?

Dieser grauenvollen Entwicklung begegnet die Bundesregierung mit gedämpfter Energie. Gewiß, sie tut etwas. Sie erhöht die Strassenbaumittel um 8 bis 10 Prozent, im wesentlichen, um die Strassendecken auszubessern und frostfrei zu machen. Das ist aber doch nicht das entscheidende Problem.

- * Warum begreift die Bundesregierung nicht, daß die völlige
- * Strassenverstopfung nur zu verhindern ist, wenn man mit
- * größter Eile mehr und neue Strassen baut, wenn in den Stadt-
- * zentren der Massenverkehr unter die Erde verlegt und neu-
- * zeitliche Hochstrassen gebaut werden?
- * Warum begreift die Bundesregierung nicht, daß der Strassen-
- * bau nicht nur zu den notwendigsten, sondern auch zu den
- * rentabelsten volkswirtschaftlichen Investitionen gehört?
- * Bessere Strassen sparen Zeit, Material, Ärger; sie verhin-
- * dern die Zahl der Verkehrstopfer!

Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß schon 1962 der volkswirtschaftliche Schaden aus Verkehrsunfällen die 5-Milliarden-Grenze überschritten hat.

Besonders tragisch ist es, daß durch das kürzlich vom Bundestag verabschiedete Mineralölsteuergesetz die Mittel für den Strassenbau gekürzt und die Finanzierungsmethoden verschlechtert wurden. Nach Maßgabe dieses Gesetzes muß sich die Bewegungsfreiheit der Kraftfahrzeuge weiter verschlechtern.

Ist es nicht grotesk, daß angesichts des Strassennotstandes vorhandene Strassenbaukapazitäten ungenutzt bleiben, nur weil der Bundesregierung nicht gelingt, die Finanzierung zu regeln?

Zweiter Vierjahresplan muß überholt werden!

Wir bewegen uns im Eiltempo auf den kritischen Punkt unserer Verkehrswirtschaft zu. Er liegt da, wo unsere technischen Mittel nicht mehr ausreichen werden, dem Tempo der Motorisierung im Strassenbau zu folgen. Heute noch sind wir dazu in der Lage.

- * Wenn wir das Problem meistern wollen, dann muß mit größter
- * Beschleunigung der völlig unzulängliche Zweite Vierjahres-
- * plan für den Strassenbau überholt werden; dann müssen die
- * Mittel im Haushalt um jährlich 1 Milliarde DM erhöht, dann
- * muß den Gemeinden stärker geholfen, dann müssen alle tech-
- * nischen Reserven voll ausgeschöpft werden. Mit der Mobili-
- * sierung aller Reserven muß ein Appell an unsere Bauwirt-
- * schaft verbunden werden, so rationell und zeitsparend wie
- * möglich zu bauen. Unsere Wirtschaft würde sicher diesen
- * Appell folgen, wenn sie endlich großzügig und auf lange
- * Sicht disponieren könnte.

Vom diesem Ziel sind wir weit entfernt. Ob der Zweite Vierjahresplan erfüllt wird, hängt davon ab, ob die fehlenden 1,5 Milliarden DM auf dem Kapitalmarkt beschafft werden können. Aber selbst wenn es möglich sein sollte, ist das Problem damit nicht gelöst. Der Ausbau des Fernstrassennetzes - einschließlich einer wirksamen Hilfe für die Gemeinden - erfordert bis 1965 nicht 13, sondern 16 Milliarden DM; deshalb muß der Zweite Vierjahresplan schnellstens überholt werden.

Nichts schadet dem Strassenbau mehr als der Aberglaube, daß mit der Verabschiedung des Mineralölsteuergesetzes eine ausreichende Finanzierungsgrundlage geschaffen sei. Der Strassenbau bleibt weiterhin das Stiefkind der Verkehrswirtschaft und der Haushaltsplanung. Wenn die Regierungsparteien nicht zur besseren Einsicht gelangen, nimmt die katastrophale Entwicklung zur völligen Strassenverstopfung ihren Lauf. Eine solche, in ihren Konsequenzen nicht zu überschauende Gefahr abzuwenden, bleibt eine vorrangige Aufgabe.

Wer "normaler Heimatvertriebener" ist, bestimme ich ...

Herr Schirner und das Visum für Reisen in die CSSR

sp - In Berlin hat der Pressestellen-Leiter der tschechoslowakischen Militär-Mission, Herr Schirner, mitgeteilt, die neuen Reisebestimmungen für Bürger der Bundesrepublik und Westberlins würden es gestatten, auch "normalen Vertriebenen" die Visa für eine Reise in die CSSR zu erteilen. Ausgenommen hiervon seien allerdings die in "revanchistischen Organisationen" aktiv tätigen Vertriebenen, z.B. die Herren Seeborn und Jaksch.

Bei der Berliner Militär-Mission der CSSR scheint man nicht zu wissen, daß weder Jaksch noch Seeborn jemals etwa eine "revanchistische Politik" befürwortet hätten. Gerade in letzter Zeit wurden Seeborn und Jaksch sogar mehrfach beschuldigt, sie hätten einer gewissen "Vorleistungs-Politik" der Bundesrepublik gegenüber der CSSR das Wort geredet.

Das eine wie das andere ist natürlich Unsinn. Jaksch ist weder "Vorleistungspolitiker" noch "Revanchist". Er fordert schlicht und einfach die Erfüllung der Menschenrechtskonvention, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist, die Anerkennung von Grundsätzen also, denen auch die Tschechoslowakei durch ihre Mitgliedschaft in der UNO ihre Zustimmung gegeben hat.

Wenn man in Prag der Meinung ist, man könne mit Hilfe von Fälschungen Ausschließlichkeitsbestimmungen für einen Kreis von Vertriebenen rechtfertigen, dann soll man es offen sagen. Besonders aber im Fall Jaksch dürfte aber auch in Prag bekannt sein, daß dieser Mann als Vorsitzender der Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei bis zum Einmarsch Hitlers mutig, entschlossen und gemeinsam mit seinen politischen Freunden nicht nur gegen die Faschisten in der Tschechoslowakei Stellung genommen hat, sondern auch mit Hilfe seiner internationalen Beziehungen die Welt gegen das dem tschechoslowakischen Volk zugefügte Unrecht mobilisierte.

Daß Jaksch hierbei keinen Erfolg hatte, ist gewiß nicht seine Schuld. In Prag weiß man aber sicher besser als irgendwo in der Welt, wer tatsächlich die Tragödie der Tschechoslowakei von 1938 heraufbeschworen hat. Wenzel Jaksch gehörte bestimmt nicht zu diesem Kreis von Politikern.

Was soll also diese diffamierende Einschränkung und der hierbei sichtbar werdende Versuch, das wahre Geschichtsbild der Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei zu verschleiern. Herr Schirner hätte besser daran getan, die kleinlichen Sticheleien in diesem gewiß großen Augenblick eines sich vielleicht anbahnenden neuen Versteuens zu unterlassen. So können wir seine Bemerkungen in Berlin lediglich als ein Manöver werten, mit dessen Hilfe die Schicksalsgemeinschaft der Heimatvertriebenen aufgespalten werden soll.

Niedersachsen verbessert kommunale Struktur

Von Erich Paykowski

Niedersachsens Landesregierung (SPD-FDP-Koalition) will alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die kommunale Struktur zu verbessern. Bei der Vielfalt der Probleme in dem Bundesland, in dem sich die lange Zonen- und Landesgrenze auf vielen Gebieten zu einem sehr hemmenden Faktor entwickelt hat, sind die Finanzen äußerst begrenzt. Trotzdem hat sich Niedersachsen - vor allem durch sozialdemokratische Initiative - als Beispiel für Förderungsmaßnahmen kleiner und kleinster Gemeinden gezeigt.

In Zahlen dargestellt, spiegelt sich die Problematik bei der Verbesserung kommunaler Struktur in folgender Statistik wider:

- * In Niedersachsen existieren 4 229 kreisangehörige Gemeinden.
- * 2 088 - nahezu fünfzig Prozent also - haben noch nicht einmal 500 Einwohner. Von diesen haben 205 Gemeinden weniger als 100 Einwohner und 503 Gemeinden zwischen 100 und 200 Bürger.

Bei den täglich größer werdenden Anforderungen an kleine und kleinste Gemeinden genügt eine Verbesserung ihrer Finanzstruktur durch Zuschüsse oder sonstige Zuweisungen nicht. Es müssen vielmehr Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden gefunden werden.

- * Dieser Grundsatz gilt in Niedersachsen: Durch dreizehn Gesetzesvorlagen stand die Landesregierung Pate bei der Gründung von 13 größeren Gemeinden, die aus 30 überwiegend ländlichen Gemeinden hervorgingen.
- * 429 Gemeinden mit über 200 000 Menschen schlossen sich zu sogenannten "Samtgemeinden" zusammen, davon neun mit 36 Gemeinden als Mitglieder nach Verkündung der Novelle zur niedersächsischen Gemeindeordnung. In dieser Novelle ist das Rechtsverhältnis einer "Samtgemeinde" klarer definiert worden.

So erfreulich auch die Einsicht vieler Gemeindeväter in Niedersachsen für einen gemeindlichen Zusammenschluß und eine Koordination der Verwaltungsaufgaben ist, die Fusionierungen müssen von vornherein am Finanzproblem scheitern, wenn nicht von der Landesregierung aus genügend finanzielle Hilfe zur Überbrückung der Anlaufzeiten gewährt würde.

1963 wurden zum erstenmal im niedersächsischen Landeshaushalt 500 000 DM "zur Verbesserung der kommunalen Struktur" eingeplant. Davon wurden bereits 320 000 DM verausgabt. Zusätzlich wurde von den zuständigen Landkreisen 472 500 DM ausgeschüttet.

Die niedersächsische Landesregierung will es nicht mit dieser einmaligen Mittelbereitstellung bewenden sein lassen. Ganz im Gegenteil: Im Entwurf des Landeshaushalts 1964 stehen für den gleichen Zweck 300 000 DM zur Verfügung.

Das Ringen um Venezuela

Wieder eine Entscheidungsschlacht an der Südfanke der USA

Von Max Diamant

Wenn am 1. Dezember 1963 entgegen allen Sabotage- und Störaktionen der kommunistisch-fidelistischen Opposition in Venezuela dennoch die allgemeinen Wahlen durchgeführt werden, wird der scheidende Staatspräsident Rómulo Betancourt damit den größten politischen Sieg in dieser klippenreichen fünfjährigen Regierungszeit zu verzeichnen haben.

Die Taktik der Terroristen

Je näher der Wahltag heranrückt, umso hemmungsloser und verzweifelter werden die terroristischen Sabotageakte der bewaffneten illegalen Gruppen, um auf jeden Fall die Durchführung der Wahlen zu verhindern. Durch gesteigerten Terror soll schliesslich auch Betancourt dazu gezwungen werden, den Kampf um die Selbstbehauptung restlos alles unterzuordnen und zu den schärfsten Gegenmassnahmen zu greifen. Die kommunistische Strategie im Ringen um Venezuela erstrebt für diese Etappe: unbedingt eine chaotische Situation herbeizuführen, in der Rómulo Betancourt nur noch die Entscheidungsfreiheit einer ihm aufgezwungenen Alternative verbleiben soll; entweder selbst oder als Willensvollstrecker der Armee mit militärischer Gewalt "auf der ganzen Linie" rücksichtslos für Ruhe und Ordnung zu kämpfen, oder hinzunehmen, daß Venezuela noch weiter und noch schneller in den Bürgerkrieg absinkt.

Die venezolanischen Kommunisten selbst erhoffen keineswegs damit einen unmittelbaren "Endsieg" nach kubanischem Vorbild erreichen zu können. Dazu fehlen ihnen kräftemässig und politisch heute alle Voraussetzungen. Aber Rómulo Betancourt und seine linksdemokratische Volkspartei, die "Acción Democrática", sollen so oder so als politische Wortführer endgültig zum Schweigen gebracht werden. Für Fidel Castro und die Kommunisten Lateinamerikas geht es dabei um die Überwindung einer zentralen strategischen Position, die bis jetzt ihren Vordringen im karibischen Raum und in Südamerika als aktivstes Hindernis entgegenstand. Bezeichnenderweise ist nach Kuba heute Venezuela der Kampfplatz in Lateinamerika, wo die Führung der "Kommunistischen Aktion" nicht mehr bei den erprobten Parteikadern, sondern bei jungen "Hitzköpfen" liegt. Offensichtlich machen hier die Kommunisten der Moskauer Schule bis auf weiteres gute Miene zu Fidel Castros eigenem Spiel, das mit den mobilisierten "chinesischen" Elementen der terroristischen Aufpeitschung und der permanenten Putschtaktik operiert.

"Doppelorientierung"

Dieses Spiel mit verteilten kommunistischen Rollen konnte hier drei Jahre hindurch erfolgreich und vor aller Öffentlichkeit durchgehalten werden. Während die anonymen jungen Aktivisten bewaffnete Kommandos schufen und nächtliche Überfälle organisierten, konzentrierten sich die sichtbaren kommunistischen Führer auf einen verstärkten politischen Positions- und Nervenkrieg unter Ausnutzung ihrer Positionen im Parlament, im Senat, in der Presse und in den Gewerkschaften. Ob die Aktion der "Generallinken" in Venezuela, der legalistisch-aktivistischen und der illegal-provokatorischen, etwa eine Neuausgabe der schon früher in Lateinamerika praktizierten kommunistischen "Doppelorientierung" ist, ob sie damit einer echten und vereinbarten politischen

Arbeitsteilung oder vielmehr einem aktivistischen Wettstreit zweier kommunistischer Richtungen entspricht, ist in diesem Zusammenhang von zweitrangiger Bedeutung. Entscheidend für die politische Auswirkung ist das sichtbare und auch tiefgehende Spannungsverhältnis zwischen den beiden kommunistischen Richtungen.

Elendsviertel wurden mobilisiert

Die einen manövrieren im politischen Raum und versanden nacheinander im Parlament. Die Praktiker dagegen gingen dazu über, in der Hauptstadt Caracas Waffenlager und befestigte Stützpunkte an schwer zugänglichen Orten auszubauen, sich mit der organisierten Verbrechertwelt zu verbinden und den würgenden Ring der Elendsviertel zum Hauptsitz der "kämpferischen" kommunistischen Aktion und der geheimen "revolutionären Kampfkräfte" zu erklären. Die kommunistischen Parlamentarier, Journalisten und Verbindungsleute betrieben im Schutz ihrer Mandate ihr Werk der "Aufklärung", der Spaltung und Zersetzung. Die namenlosen Untergrundkämpfer der "Fuerzas Armadas de Liberación Nacional" (FALN - "Bewaffnete Streitkräfte der Befreiung") aber schritten zu Bombenanschlägen und nächtlichen Attentaten, sie verkleideten sich bei den Aktionen als Polizisten, Militärs oder Unterweltmenschen, sie überfielen Posten, Behörden, Kinos und beraubten Geschäfte, Banken und lebenswichtige Betriebe.

Geheime Pressekonferenzen

In der letzten Zeit sind die kommunistischen Terroristen bereits dazu übergegangen, mit "Gegensendern", sogenannten "Radiozeitungen" und spektakulären Pressekonferenzen am geheimen Sitz des revolutionären "Armee-Kommandos" so etwas wie das Prinzip einer sichtbaren Gegenregierung zu verrichten. Als die führende Massenpartei des Landes, die "Acción Democrática" zu einer Wahlkundgebung in Caracas aufrief, warnte die kommunistische Terroristenleitung durch eine Bekanntmachung die Bevölkerung davor, diese Kundgebung zu besuchen, "da keine Genehmigung erteilt worden sei". Zu einer Demonstration der kommunistischen Anhänger wurde neulich erklärt, daß sie "unter Deckung von Bewaffneten" durchgeführt worden sei, um die Demonstranten gegen Überfälle der Polizei zu schützen.

Die Handschrift Fidel Castros

In Venezuela wiederholt sich mit brutaler Konsequenz, was Fidel Castro und die Kommunisten seit Jahren aktiv in Lateinamerika bewirken: sie setzen alles daran, jeden demokratischen Entwicklungsweg zu blockieren und die Flucht in die Militärdiktatur psychologisch zu rechtfertigen. Die Machtübernahme durch die äußerste Reaktion schafft nach den Vorstellungen der kommunistischen Kräfte erst das notwendige Sprungbrett, damit die Kommunisten späterhin als einzige Gegenmacht die Nachfolge in der politischen Führung übernehmen können. Sie gehen davon aus, daß es aussichtsreich sei, gegen eine illegitime Herrschaft oder eine militärische Diktatur anzugehen.

Im Ringen um Venezuela stehen sich Fidel Castro und Rómulo Betancourt gegenüber. Es ist ein politischer Kampf, in dem sich das weitere Schicksal Venezuelas entscheidet - eines reichen Landes, das genau in der Mitte zwischen dem nördlichen und dem südlichen Lateinamerika liegt.